



10. November 1989
9. Jahrgang, S. 184–201
ISSN 0177-1868

11

Inhalt	Seite
GI Leitsätze	184
Haftung des Steuerberaters	185
– Versendung von Rundschreiben an Mandanten	
– Pflicht zur Kenntnisnahme	
– Anmerkung	
(OLG Hamm Ur.t.v.28.4.1989 – 25 U 253/88)	
Wettbewerbsverbot bei Übertragung einer Steuerberatungspraxis	187
(OLG Koblenz Ur.t.v.9.5.1988 – 5 U 700/88)	
Steuerberatungsvertrag	189
– Herausgabepflicht von Datenbeständen der DATEV	
– Zurückbehaltungsrecht	
– Anmerkung	
(LG München Ur.t.v.10.5.1988 – 23 O 18 673/87)	
Honorarforderung des Steuerberaters	191
– Abtretung von Steuererstattungsansprüchen	
– Anmerkung	
(BFH Ur.t.v.30.8.1988 – VII R 149/85)	
Honorar des Wirtschaftsprüfers	194
– Steuerberatungstätigkeit	
– Rückforderung gezahlter Honorare	
– Allgemeine Auftragsbedingungen	
(OLG Hamm Ur.t.v.22.6.1988 – 25 U 174/87)	
Steuerberatungsbüro	196
– Freier Mitarbeiter oder Angestellter	
(LAG Berlin Ur.t.v.29.5.1989 – 9 Sa 17/89, 9 Sa 35/89)	
GI Hinweis	197

GI Leitsätze

Anerkennung einer Steuerberatungsgesellschaft

Einer Steuerberatungsgesellschaft, die von einem Berufsverband gegründet wird, um die bisher von diesem seinen Mitgliedern geleistete Steuerberatungstätigkeit zu übernehmen, ist die Anerkennung zu versagen.
(BFH Urt.v.14.3.1989 – VII R 46/88, Steuer-Telex 2233)

Verschwiegenheitspflicht im Konkurs des Mandanten

Zur Entbindung des früher für den Gemeinschuldner tätigen Anwalts von der Schweigepflicht genügt es nicht, wenn nur der verbliebene Restvorstand und der Konkursverwalter entsprechende Verschwiegenheitsentbindungserklärungen abgeben. Solche Erklärungen müssen vielmehr von sämtlichen Organmitgliedern abgegeben werden.
(OLG Frankfurt Urt.v.6.4.1988 – 19 U 137/86, WM 1989, 1171)

Berufsbezeichnung „Steuerberater“ im Handelsregister

Die Berufsbezeichnung „Steuerberater“ des Prokuristen einer Steuerberatungsgesellschaft ist in das Handelsregister einzutragen. § 40 Nr. 4 und § 43 Nr. 5 HRV stehen der Eintragungsfähigkeit nicht entgegen.
(LG Augsburg Beschl.v.23.3.1989 – 3 HK T 215/89 rkr., WM 1989, 1099 = StB 89, 193)

Steuergeheimnis im Kündigungsschutzprozeß

Wird einer in einer Steuerberaterpraxis angestellten Buchhalterin wegen behaupteter Fehlleistungen ordentlich bzw. außerordentlich gekündigt, so hat der Arbeitgeber die Fehlleistung zu belegen, ohne sich auf das Steuergeheimnis seiner Mandanten berufen zu können. Die Normen über die Strafbarkeit einer Verletzung des Steuergeheimnisses sind nicht geeignet, die ausdrücklich in § 1 Abs. 2 Satz 4 KSchG angeordnete Darlegungs- und Beweislastverteilung zu ändern, zumal dem Arbeitgeber durch Einholung von Einverständniserklärungen seiner Mandanten der Vortrag detaillierter Pflichtverletzungen in einer gegebenenfalls (§ 52 Satz 2 ArbGG) nicht öffentlichen Sitzung des Arbeitsgerichts möglich wäre.

(LAG Niedersachsen Urt.v.15.3.1988 – 2 Sa 1109/87, NWB 1988, 1903)

Haftung des Steuerberaters

- Versendung von Rundschreiben an Mandanten
 - Pflicht zur Kenntnisnahme
 - Anmerkung
- (OLG Hamm Urt. v. 28. 4. 1989 – 25 U 253/88)

Leitsätze (d. Verf.):

1. Rundschreiben des Steuerberaters müssen vom Mandanten nicht gelesen werden (bestr. a. A. BGH GI 1987, 180 = VersR 87, 688 = WM 87, 723; LG Tübingen DStR 78, 624; LG Köln DStR 85, 354).
2. Die Nichtbeachtung von StB-Informationsbriefen begründet nicht den Einwand des Mitverschuldens des Mandanten.

Zum Sachverhalt:

Der Steuerpflichtige hatte versäumt, rechtzeitig einen Antrag auf Investitionszulage für 1983 zu stellen. Die Haftung des Steuerberaters war dem Grunde und der Höhe nach unstreitig. Offen war die Frage, ob dem Mandanten gegenüber der Einwand des Mitverschuldens bei der Versäumung der Frist erhoben werden konnte. Der Steuerberater hatte in einem Rundschreiben über aktuelle Fragen des Steuerrechts auf den Termin zur Stellung des Investitionszulagenantrags hingewiesen.

Aus den Gründen:

Die Berufung des Beklagten ist zulässig aber nicht begründet. Die Klägerin hatte aufgrund des zwischen den Parteien bestehenden Vertrags **Anspruch auf individuelle Bearbeitung ihrer konkreten Steuerfragen**. Allgemein gehaltene **Rundschreiben**, in denen generell auf aktuelle Entwicklungen im Steuerrecht hingewiesen wird, können den Beklagten nicht entlasten. Derartige Rundschreiben sind für den Mandanten keine fallspezifische Information. Die meisten Mandanten dürften derartige Mitteilungen ungelesen wegwerfen. Keinesfalls sind sie unter dem Aspekt eines eventuellen **Mitverschuldens** gehalten, derartige Rundschreiben daraufhin durchzulesen, ob sich daraus für ihren Fall etwas Konkretes ergibt. Überdies zeigt gerade das konkrete Rundschreiben, daß der Beklagte über den Antragstermin Bescheid wußte, womit die Klägerin darauf vertrauen durfte, er werde ihn einhalten. Alles andere liefe auf eine Pflicht der Klägerin hinaus, den Beklagten darauf hinzuweisen, sich an seinen eigenen Rat zu halten, was offenkundig nicht erwartet werden kann.

Anmerkung:

Für diese nur auf einer halben Seite begründete Entscheidung des OLG Hamm gilt der Erfahrungssatz: Übertreibung veranschaulicht.

Das Steuerberatungsmandat zeichnet sich durch eine langfristige Zusammenarbeit mit dem Mandanten aus. Häufig kommt es während des Mandats zu Änderungen von Steuergesetzen. Der Steuerberater kann naturgemäß nicht jeden Mandanten in einem Gespräch darüber informieren, daß er z. B. das Kindergeld nunmehr beim Arbeitsamt beantragen soll. Er muß deshalb nach Wegen suchen, einfache, zum Teil auch bereits in den Massenmedien behandelte Informationen an den Mandanten weiterzuleiten. Als „Transportmittel“ bedient er sich häufig des Mandantenrundschreibens.

Grundsätzlich kann der Steuerberater darauf vertrauen, daß der Mandant seine Briefe und Rundschriften nicht wie unbestellte Postwurfsendungen vernichtet, sondern sie zur Kenntnis nimmt.

Dies entspricht dem Charakter des Steuerberatungsmandats – einem auf Dauer angelegten Vertrauensverhältnis mit gegenseitigen Informationspflichten.

Der Bundesgerichtshof erkennt – im Gegensatz zum OLG Hamm – die Bedeutung von Mandantenrundschriften an. Er hat in einer Entscheidung, die zur Zurückweisung an ein OLG führte, dem Senat aufgegeben zu prüfen, ob die Mandantenbriefe des Steuerberaters die entscheidungserheblichen Einzelfragen konkret angesprochen hätten (Urt.v. 25.2.1987, GI 1987, 180 = VersR 1987, 688 = WM 1987, 723 = NJW RR 1987, 1377). Der BGH ist demnach offenkundig der Auffassung, daß Mandantenrundbriefe grundsätzlich nicht als unerbetene Postwurfsendungen anzusehen sind, die von den „meisten Mandanten weggeworfen werden“.

Fazit:

Der Steuerberater schuldet eine konkrete und fallbezogene Belehrung. Diese kann bei einfach gelagerten Sachverhalten auch – im Gegensatz zur Auffassung des OLG Hamm – in einem Mandantenrundsreiben erfolgen.

Skepsis ist gegenüber den meisten käuflich zu erwerbenden Mandantenrundschriften angebracht: Diese stellen in der Regel zu hohe Anforderungen an das Know-how des Mandanten. Sie sind häufig auch derartig umfangreich, daß man nicht mehr von einer fallbezogenen Information sprechen kann.

Wettbewerbsverbot bei Übertragung einer Steuerberatungspraxis

(OLG Koblenz Urt. v. 9. 5. 1988 – 5 U 700/88 – StB 1989, 190)

Leitsätze:

1. Eine bei der Veräußerung einer Steuerberaterpraxis vertraglich vereinbarte örtliche, zeitliche und gegenständliche Beschränkung der Berufsausübung des Veräußerers, mit dem ihm ein totales Berufsverbot auferlegt wird, ist in der Regel nach § 138 BGB sittenwidrig und deshalb nichtig.
2. Ein zeitlich unbegrenztes Wettbewerbsverbot kann im Interesse des Erwerbers dann noch gerechtfertigt sein, wenn sich der Veräußerer seine bisherige Berufsausübung auf bestimmten Tätigkeitsgebieten (hier: allgemeine und steuerliche Rechtsberatung) oder auf bestimmte Mandantengruppen vorbehalten hat.

Aus den Gründen:

Das Wettbewerbsverbot verstößt nicht gegen § 138 BGB. Nach herrschender Rechtsprechung ist bei einer freiberuflichen Tätigkeit wie der des Rechtsanwaltes, des Wirtschaftsprüfers, also auch des Steuerberaters, eine vertraglich vereinbarte örtliche, zeitliche und gegenständliche Beschränkung der Berufsausübung nur in begrenztem Umfang zulässig. **Wettbewerbsklauseln sind danach nur dann statthaft, soweit ein schützenswertes Bedürfnis dafür besteht**, den Teil davor zu schützen, daß der andere die Erfolge seiner Arbeit illoyal verwertet oder sich in anderer Weise die Freiheit der Berufsausübung mißbräuchlich zunutze macht (BGH NJW 1986, 2944, 2945).

Nach Auffassung des Senats ist das hier zu beurteilende Wettbewerbsverbot zwar einschneidend, aber gerade noch vertretbar. Es ist nicht zu verkennen, daß insbesondere die fehlende zeitliche Begrenzung des Verbotes den Verfügungsbeklagten ganz erheblich in seiner Berufsausübung einschränkt. Das war hier jedoch zum Schutz der berechtigten Interessen des Verfügungsklägers ausnahmsweise erforderlich. **Der Verfügungsbeklagte hatte sich nämlich vertraglich eine Fortsetzung seiner bisherigen Tätigkeit auf bestimmten Gebieten ausdrücklich vorbehalten.** Einen kleineren Kundenkreis betreute er uneingeschränkt weiter. Ferner unterhielt er im Nachbarkreis ein weiteres Steuerberaterbüro und durfte auch im Landkreis B auf dem Gebiet der allgemeinen Steuerberatung

und Rechtsberatung tätig bleiben. Anders als bei den üblichen Wettbewerbsverboten fiel er also als Steuerberater nicht vollständig aus, sondern blieb im Gebiet des Kreises B dauernd weiter präsent. Aufgrund dieser besonderen Wettbewerbslage hätte der Verfügungskläger ohne ein zeitlich unbegrenztes Wettbewerbsverbot keine Möglichkeit gehabt, ungestört vom Verfügungsbeklagten den übernommenen Kundenstamm zu pflegen und neue Kunden zu gewinnen. Immer hätte die Gefahr einer Abwanderung der Klientel nach Ende eines zeitlich begrenzten Wettbewerbsverbotes zu dem alteingesessenen und mit der örtlichen Kundenschaft besonders vertrauten Verfügungsbeklagten bestanden. Bei dieser Sachlage erscheint dem Senat ein zeitlich uneingeschränktes Wettbewerbsverbot ausnahmsweise gerechtfertigt, zumal es dem Verfügungsbeklagten nicht einseitig auferlegt wurde, sondern auf einer freien Vereinbarung beruht und mit einem von beiden Parteien akzeptierten Preis vereinbart worden ist (vgl. hierzu BGH BB 1974, 482, 483). Im übrigen wurde dem Verfügungsbeklagten ja auch kein totales Berufsverbot auferlegt. Gewichtige Teile seiner bisherigen beruflichen Tätigkeit im Kreis B hatte er sich ohnehin vorbehalten. Weiter verblieb ihm seine zweite Praxis in R (Kreis B), die er erst ca. 1 Jahr später veräußerte. Unter Berücksichtigung aller dieser Gesichtspunkte liegt nach Auffassung des Senates kein Verstoß gegen § 138 BGB vor.

Das Wettbewerbsverbot ist durch die Weiterveräußerung der Praxis an den Steuerberater R nicht entfallen. Vielmehr steht es nach wie vor dem Verfügungskläger zu, der ein rechtliches Interesse hat, den sich daraus ergebenden Unterlassungsanspruch geltend zu machen. Vertraglich vereinbarte Wettbewerbsverbote können zwar im Einzelfall bei Veräußerung des Geschäftes auch ohne Zustimmung des Verpflichteten auf den Neuerwerber gemäß §§ 413, 398 BGB übertragen werden (RGZ 132, 127 ff.; Münchener Kommentar BGB 2. Aufl., § 399 Rdn. 18). Der Senat hat jedoch keine Anhaltspunkte dafür, daß dies zwischen dem Verfügungskläger und C so vereinbart worden ist. Vielmehr ergibt der im Prozeß vorgelegte Schriftwechsel, daß die Vertragsparteien damals der Auffassung waren, eine Übertragung des Wettbewerbsverbotes auf C könne nur durch den Verfügungsbeklagten erfolgen, also nicht von ihnen selbst vorgenommen werden. Auch im vorliegenden Verfahren hat sich keine der Prozeßparteien darauf berufen, daß das Wettbewerbsverbot an C wirksam abgetreten worden sei.

Steuerberatungsvertrag

- Herausgabepflicht von Datenbeständen der DATEV
- Zurückbehaltungsrecht
- Anmerkung

(LG München Urt.v.10.5.1988 – 23 O 18 673/87)

Leitsätze (d. Verf.):

1. Nach Beendigung des Steuerberatungsvertrages bezieht sich die Herausgabepflicht des StB auch auf die Datenbestände der DATEV.
2. Bestreitet der StB Bankunterlagen zu besitzen, trifft den Mandanten Beweislast für die Übergabe der Unterlagen an den StB.
3. Wird der Konkursantrag mangels Masse abgewiesen, bleibt der Mandant zur Geltendmachung des Herausgabeanspruchs aktivlegitimiert.
4. Zur Abwicklung der Geschäftstätigkeit ist die Übertragung der Datenbestände dringend notwendig, so daß ein Zurückbehaltungsrecht nicht besteht.

Aus den Gründen:

Den Klägerinnen steht ein Anspruch auf die Zustimmung der Übertragung der Datenbestände und der Herausgabe der anderen Buchungsunterlagen gemäß §§ 675 i.V.m. 667 BGB zu.

Die Klägerinnen sind **aktivlegitimiert, da der Antrag auf Eröffnung des Konkursverfahrens mit Beschluß des AG München – Konkursgericht – Gz.: 32 N 73/88 und 32 N 149/88 mangels Masse abgewiesen** wurde.

Das Steuerberatungsmandat wurde am 19.8.1987 durch die Kündigung der Klägerinnen wirksam beendet.

Die **Kündigung** eines Steuerberatungsmandates ist gemäß § 627 I BGB jederzeit zulässig, da es sich um Dienste höherer Art, die auf Grund besonderen Vertrauens übertragen werden, handelt. Ein Kündigungsgrund war nicht erforderlich.

Gemäß §§ 675 i.V.m. 667 BGB hat der Beklagte den Klägerinnen alles herauszugeben, was er zur Ausführung des Auftrages erhalten hat. Unstreitig hat der Beklagte die DATEV-Bestände für die Finanzbuchhaltung der Klägerinnen von der früher tätigen Steuerkanzlei übertragen

bekommen und bisher die Zustimmung zur Weiterübertragung an die neue Kanzlei verweigert. Dem Beklagten wurden im Rahmen des Steuerberatungsmandates auch weitere Buchungsunterlagen der Klägerinnen übergeben.

Der Anspruch der Klägerinnen aus §§ 675, 667 BGB umfaßt insoweit nicht nur die Herausgabe, sondern auch die Verpflichtung zur Zustimmung zur **Weiterübertragung der DATEV-Bestände**.

Der Beklagte kann sich nicht darauf berufen, den Klägerinnen die Einsichtnahme zu gestatten, ebenso nicht auf die Behauptung, die Klägerinnen würden die Daten nicht benötigen. Damit ist der Herausgabeanspruch der Klägerinnen nicht erfüllt.

Der Beklagte **bestreitet** jedoch, die **Bankunterlagen** der Klägerin vom 1. bis 3. 1987 und für 7. 1987 **in Besitz zu haben**.

Die Klägerin hat insoweit die **Beweislast**.

Ein Beweisangebot liegt nicht vor. Der Klägerin steht somit ein Anspruch auf Herausgabe der Bankunterlagen und Buchungen nur vom 4. bis 6. 1987 zu.

Im übrigen hat der Beklagte den Erhalt und Besitz der Unterlagen zugestanden.

Der Beklagte kann die Herausgabe der Unterlagen nicht unter Berufung auf ein **Zurückbehaltungsrecht gemäß § 273 I BGB** verweigern.

Das grundsätzlich bestehende Recht des Beauftragten, das aus der Geschäftsführung Erlangte nach § 273 I BGB bis zur Begleichung seiner Honoraransprüche zurückzuhalten, besteht dann nicht, wenn die Unterlagen zur Fortführung der Geschäfte dringend benötigt werden (OLG Düsseldorf NJW 77, 1201). Im vorliegenden Fall handelt es sich um Unterlagen, die zur Fortführung der Buchführung benötigt werden. Der Beklagte kann sich nicht darauf berufen, den Klägerinnen Einsicht zu gewähren. Der Beklagte kann sich auch nicht darauf berufen, die Klägerinnen würden die Unterlagen zur Erstellung der Abschlüsse nicht benötigen.

Die Klägerinnen benötigen die Übertragung der DATEV-Bestände zur Weitererfassung aller Geschäftsfälle, auch zur endgültigen Abwicklung ihrer Geschäftstätigkeit.

Den Klägerinnen ist die Einsichtnahme in die Unterlagen beim Beklagten nicht zumutbar. Ein Zurückbehaltungsrecht ist daher nicht gegeben.

Im übrigen wurde das **Zurückbehaltungsrecht nicht substantiiert** vorgetragen. Die Klägerinnen haben das Bestehen offener Honorarforderungen bestritten. Diese seien durch eine Zahlung der AOK M. vom 30.10.1987

in Höhe von 9.714,44 DM erloschen. Der Beklagte hat die Darlegungs- und Beweislast für das Bestehen eines Zurückbehaltungsrechtes.

Ein substantiierter Vortrag hierzu ist nicht gegeben, insbesondere hat der Beklagte keine Anlagen (Honorarvereinbarungen oder Rechnungen) zum Beweis seiner Honorarforderung vorgelegt.

.....

Anmerkung:

Zur Herausgabepflicht der Datenbestände der DATEV: LG Braunschweig GI 1987, 116 = StB 1987, 15; AG Bad Neuenahr-Ahrweiler GI 1988, 174; OLG Celle GI 1989, 39.

Honorarforderung des Steuerberaters

- Abtretung von Steuererstattungsansprüchen
- Anmerkung

(BFH Urt.v.30.8.1988 – VII R 149/85 – BFH NV 1989, 210)

Leitsatz:

Zur Frage des geschäftsmäßigen Erwerbs von Steuererstattungsansprüchen des StB zum Zwecke der Sicherung von Honorarforderungen.

Aus den Gründen:

.....

Nach § 46 Abs. 4 AO 1977 ist der geschäftsmäßige Erwerb von Erstattungs- oder Vergütungsansprüchen zum Zwecke der Einziehung oder sonstigen Verwertung auf eigene Rechnung nicht zulässig (Satz 1). Dies gilt nicht für die Fälle der Sicherungsabtretung (Satz 2). Zum geschäftsmäßigen Erwerb und zur geschäftsmäßigen Einziehung der zur Sicherung abgetretenen Ansprüche sind nur Unternehmen befugt, denen das Betreiben von Bankgeschäften erlaubt ist (Satz 3). Der Kläger handelte geschäftsmäßig, als er sich den streitbefangenen Steuererstattungsanspruch von seinem Mandanten K abtreten ließ. Da er als Wirtschaftsprüfer und Steuerberater zum geschäftsmäßigen Erwerb und zur geschäftsmäßigen Einziehung der zur Sicherung abgetretenen Ansprüche nicht befugt ist (§ 46 Abs. 4 Satz 3 AO 1977), ist die Abtretung nichtig (vgl. § 46 Abs. 5 Halbsatz 2 AO 1977). Das FA hat es demnach zu Recht

abgelehnt, den von dem Mandanten abgetretenen Teilbetrag an den Kläger zu erstatten.

Der Senat kann im Streitfall die Wirksamkeit der Abtretung und das Vorliegen einer Sicherungsabtretung – die das FA mit seiner Revisionserwiderung in Zweifel zieht – dahingestellt lassen. Denn die an den Kläger bewirkte Abtretung des Steuererstattungsanspruchs ist gemäß § 46 Abs. 4 Sätze 1 und 3 i.V.m. Abs. 5 AO 1977 auch dann nichtig, wenn man zu seinen Gunsten das Vorliegen einer Sicherungsabtretung unterstellt.

Nach dem Urteil des Senats vom 23.10.1985 VII R 196/82 (BFHE 144, 526, BStBl II 1986, 124) sind die Regelungen der Sätze 1 bis 3 des § 46 Abs. 4 AO 1977 dahin auszulegen, daß der geschäftsmäßige Erwerb und die geschäftsmäßige Einziehung von Erstattungs- oder Vergütungsansprüchen auch in den Fällen der Sicherungsabtretung nur Bankunternehmen gestattet ist. Da die Vorschrift lediglich Bankunternehmen, die der Aufsicht durch das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen unterliegen (§§ 6, 32 des Gesetzes über das Kreditwesen), privilegiert, ist es nach der vorstehend genannten Entscheidung des Senats, auf die wegen der Begründung im einzelnen Bezug genommen wird, auch Steuerberatern untersagt, sich zur Sicherung ihrer Honorarforderungen Steuererstattungs- oder Vergütungsansprüche ihrer Mandanten abtreten zu lassen, soweit sie dabei geschäftsmäßig tätig werden.

Geschäftsmäßig i. S. des § 46 Abs. 4 AO 1977 handelt, wie der Senat unter Berufung auf das Schrifttum in dieser Entscheidung ausgeführt hat, wer die Tätigkeit (Erwerb) selbständig und mit der Absicht, sie zu wiederholen, ausübt. Die Auslegung der Vorinstanz zum Begriff der Geschäftsmäßigkeit steht somit im Einklang mit der Rechtsprechung des Senats. Eine dauernde Betätigung im vorgenannten Sinne wird – entgegen der Auffassung der Revision – nicht vorausgesetzt.

Für eine Wiederholungsabsicht im Sinne dieser Auslegung spricht nach der Rechtsprechung des Senats, wenn für den Erwerb von Erstattungsansprüchen organisatorische Vorkehrungen getroffen werden (z. B. das Bereithalten vorformulierter Abtretungserklärungen); diese sind allerdings keine notwendigen Voraussetzungen für die Geschäftsmäßigkeit. Vereinzelte im Rahmen eines Handelsgeschäfts oder an einen steuerlichen Berater vorgenommene Abtretungen reichen für die Annahme der Geschäftsmäßigkeit nicht aus. Daraus folgt – wie der Senat in der genannten Entscheidung ausgeführt hat –, daß grundsätzlich auch Steuerberater sich zur Sicherung ihrer Honorarforderungen Steuererstattungs- und Vergütungsansprüche ihrer Mandanten wirksam abtreten lassen können, soweit sie in dieser Weise nur gelegentlich anläßlich besonders begründeter Einzelfälle tätig werden.

Im Streitfall hat sich der Kläger nach den unwidersprochenen Feststellungen des FA, von denen auch das FG ausgegangen ist, im Rahmen seiner steuerlichen Beratungstätigkeit **in mindestens sechs Fällen Erstattungsansprüche seiner Mandanten abtreten lassen**. Diese nicht ganz unerhebliche Zahl von Abtretungen zeigt, daß er die Sicherung risikobehafteter Honorarforderungen durch Abtretung von Steuererstattungsansprüchen zu einer feststehenden und nachhaltigen Einrichtung seiner geschäftlichen Tätigkeit gemacht hat. Das FG hat dazu festgestellt, daß es im Zeitpunkt der streitbefangenen Abtretung (noch) die allgemeine Praxis des Klägers gewesen sei, sich zu erwartende Steuerguthaben zur Sicherung von Honorarforderungen abtreten zu lassen.

Der BFH ist mangels zulässiger und begründeter Verfahrensrügen an diese Schlußfolgerung tatsächlicher Art gebunden (§ 118 Abs. 2 FGO), da sie nicht durch Denkfehler oder die Verletzung von Erfahrungssätzen beeinflusst ist. Wenn die Tatsachenwürdigung des FG im Hinblick auf die festgestellte Zahl der Abtretungen auch nicht zwingend ist, so ist sie doch möglich; das reicht für die Bindung des Revisionsgerichts aus (vgl. Gräber/Ruban, a.a.O., § 118 Rz. 40). Der Senat schließt sich daher der Auffassung des FA und des FG an, daß der Kläger bei dem Erwerb der ihm (sicherungshalber) abgetretenen Erstattungsansprüche mit Wiederholungsabsicht und damit geschäftsmäßig i. S. des § 46 Abs. 4 AO 1977 gehandelt hat. Für diese Beurteilung ist das Verhältnis der Zahl der Abtretungen zu den im Streitjahr insgesamt bearbeiteten Lohnsteuerberatungsfällen ohne Bedeutung (vgl. Urteil in BFHE 144, 526, BStBl II 1986, 124). Denn eine Abtretung von Erstattungsansprüchen ist nur in den Fällen möglich, in denen solche bestehen; ferner besteht aus der Sicht des Steuerberaters hierfür nur dann ein Bedürfnis, wenn seine Honorarforderung – wie im Streitfall – nicht als gesichert erscheint.

Der Kläger konnte demnach den an ihn abgetretenen Erstattungsanspruch im Streitfall nicht wirksam erwerben (§ 46 Abs. 4 Satz 3, Abs. 5 Halbsatz 2 AO 1977). Das FG hat seine gegen die Feststellung der Nichtigkeit der Abtretung gerichtete Klage aus materiell-rechtlichen Gründen zu Recht abgewiesen.

Anmerkung:

Ergänzend verweisen wir auf BFH Urt. v. 17. 9. 1987 – VII R 168/84, BFH NV 1988, 9 = GI 1988, 50. Zur formularmäßigen Vorausabtretung von Erstattungsansprüchen in Prozeßvollmachten; OVG Münster Beschl. v. 21. 2. 1987 – XI B 43/87, AnwBl 1988, 172 = GI 1988, 94.

Honorar des Wirtschaftsprüfers

- Steuerberatungstätigkeit
 - Rückforderung gezahlter Honorare
 - Allgemeine Auftragsbedingungen
- (OLG Hamm Urt.v. 22.6.1988 – 25 U 174/87)

Leitsätze (d. Verf.):

1. Ein Wirtschaftsprüfer und Steuerberater hat für Steuerberatungstätigkeit – z.B. Jahresabschlußarbeiten – sein Honorar nach der StBGebV zu gestalten.
2. Ein Pauschalhonorar kann nur schriftlich vereinbart werden (§14 StBGebV).
3. Hat der Mandant eine Honorarrechnung in Kenntnis des Stundensatzes von DM 240,- und der Stundenzahl beglichen, hat er keine Möglichkeit der Rückforderung wegen ungerechtfertigter Bereicherung gem. § 812 BGB. Der Stundensatz von DM 240,- ist nicht sittenwidrig überhöht.
4. Allgemeine Auftragsbedingungen werden nicht wirksam dadurch vereinbart, daß sie lediglich den Prüfberichten beigelegt werden. Das gilt auch bei einem mehrjährigen Mandat.

Aus den Gründen:

Entgegen der Ansicht des Landgerichts ist für den Jahresabschluß und die Steuererklärung 1985 eine **Pauschalvereinbarung**, wie vom Landgericht angenommen, wegen Verstoßes gegen §14 StBGebVO nicht wirksam zustande gekommen, da es an dem **Schriftformerfordernis** fehlt.

Die Steuerberatergebührenverordnung ist auch für den Kläger, der Wirtschaftsprüfer und Steuerberater ist, maßgeblich. Die **allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer** sind nicht wirksam vereinbart worden. Dazu wäre es erforderlich, daß die allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer bei Abschluß des Vertrages einbezogen worden sind. Eine solche Einbeziehung liegt aber nicht vor. Denn die allgemeinen Auftragsbedingungen für Steuerberater sind jeweils **nur den Prüfungsberichten als Anlage beigelegt** worden. Das reicht aber auch bei einem Dauermandat nicht aus (so BGH in WM 83, 35, 41; Beise in BB 79, 352; Großkommentar zum AGBG Band III 59.2). **Wirtschaftsprüfer**

haben bei gleichzeitiger Berufsqualifikation als Steuerberater die StGebVO als berufsrechtliche Vorschrift zu beachten (§ 64 StBG, Bonner Handbuch Teil E Rnote 0125). Ist keine ausdrückliche Honorarvereinbarung gemäß § 4 StBGebVO getroffen, haben sie für **ihre Steuerberatungstätigkeit das Honorar nach der StBGebV** anzusetzen. Sie haben insoweit kein Wahlrecht (Bonner Handbuch a.a.O.); § 64 StBG bindet die Steuerberater an die Steuerberatergebührenverordnung.

Die vom Kläger mit Schreiben vom 12. 12. 1985 vorgeschlagene Pauschale von netto 8.000,- DM (brutto 10.488,- DM) betrifft überwiegend Steuerberatungstätigkeit (auch die Jahresabschlußarbeiten gehören zu den typischen Leistungen eines Steuerberaters), die unter das Schriftlichkeitsersfordernis des § 14 StBGebV fallen. Eine Teilwirksamkeit kann von den Parteien, da die Pauschale nicht aufgespalten werden kann, nicht gewollt gewesen sein. Mangels Wirksamkeit einer Pauschalvereinbarung und wegen Bindung des Klägers an die StBGebV kann er deshalb nur nach der StBGebV abrechnen.

Eine **Zeitgebühr** steht ihm neben den Wertgebühren nicht zu. Soweit der Kläger sonstige Beratungstätigkeit in der Rechnung vom 20. 11. 1986 mit insgesamt 600,- DM in Ansatz gebracht hat, hat er nicht dargelegt, welche Tätigkeit er im einzelnen erbracht hat. Die vorgelegten Stunden-Zusammenstellung ist bestritten. Die Zeugin K. konnte nicht geladen werden, da eine ladungsfähige Anschrift nicht mitgeteilt worden ist. Der Kläger muß insoweit deshalb als beweisfällig angesehen werden.

Ein Rückforderungsanspruch wegen ungerechtfertigter Bereicherung hinsichtlich der Rechnung vom 21. 7. 1986 (24,5 Stunden à 240,- DM für Beratungstätigkeit betreffend die Auseinandersetzung der Gesellschaft) steht der Beklagten nicht zu. Denn sie hat diese Rechnung, in der der Stundensatz von 240,- DM ausgewiesen ist, in Kenntnis der Höhe des Stundensatzes und des Umfangs der Stunden bezahlt und sich mit der Zahlung mit der Honorarforderung des Klägers einverstanden erklärt. Eine sittenwidrige Überhöhung liegt nicht vor. Die Beklagte erkennt insoweit ihrerseits einen Stundensatz von 160,- DM an. Sie begründet die Kürzung damit, daß der Kläger insoweit mangelhaft gearbeitet habe. Das aber reicht für einen Rückforderungsanspruch aus § 812 BGB nicht aus, denn die Beklagte hat diese Rechnung des Klägers in Kenntnis aller Umstände bezahlt und sich damit mit dem in Ansatz gebrachten Stundensatz von 240,- DM einverstanden erklärt.

Eine aufrechenbare Gegenforderung steht der Beklagten deshalb nicht zu.

Steuerberatungsbüro

– Freier Mitarbeiter oder Angestellter

(LAG Berlin Urt. v. 29.5.1989 –

9 Sa 17/89, 9 Sa 35/89, StB 1989, 304)

Leitsatz:

Wer für einen Steuerberater die Vorbereitungsarbeiten für Steuererklärungen und Jahresabschlüsse an selbstgewählten Tagen zu Hause bzw. im Buchhaltungsbüro seiner Ehefrau erledigt, ist in der Regel nicht Arbeitnehmer, sondern freier Mitarbeiter.

Aus den Gründen:

„... Die Arbeitnehmereigenschaft des Klägers muß allein deshalb verneint werden, weil es in bezug auf den Beklagten an der erforderlichen persönlichen Abhängigkeit fehlt.

Der Kläger hatte keinen Arbeitsplatz im Steuerbüro des Beklagten, sondern konnte seine vertraglich geschuldeten Aufgaben, insbesondere die Vorbereitungsarbeiten für Steuererklärungen und die Jahresendabschlüsse, zu Hause bzw. im Buchhaltungsbüro seiner Ehefrau erledigen. Er war hinsichtlich der Art und des Umfangs der Arbeitszeit völlig frei in seiner Einteilung und auch nicht an eine Rahmenarbeitszeit gebunden. Lediglich etwa einmal im Monat war er verpflichtet, seine Arbeitsergebnisse im Büro des Beklagten abzugeben. Mithin war er weder an feste Arbeitszeiten noch an einen bestimmten Arbeitsort gebunden noch bestand eine Rechtspflicht zu regelmäßigem Erscheinen im Büro des Beklagten. Von einer Eingliederung in eine fremde Arbeitsorganisation kann deshalb keine Rede sein, zumal der Beklagte ihm auch keine Arbeitsgeräte zur Verfügung stellte. Arbeitsbegleitende Verhaltensregeln aufgrund des arbeitgeberischen Direktionsrechtes hatte der Kläger ebenfalls nicht zu beachten, selbst wenn man von einer rein fachlichen Weisungsgebundenheit des Klägers in bezug auf die zu erbringenden Dienstleistungen ausgehen kann. Wie jedoch im einzelnen dargelegt, spricht allein dieser Gesichtspunkt nicht für den Status des Klägers als Arbeitnehmer. In diesem Zusammenhang kommt es auch nicht entscheidungserheblich darauf an, daß der Beklagte vorsorglich Steuern und Sozialabgaben für den Kläger entrichtet sowie an ihn monatlich eine Bruttovergütung zur Auszahlung gebracht hat. Entscheidend kommt es nämlich darauf an, wie ein solches Rechtsverhältnis nach seiner

objektiven Handhabung und unter objektiver Betrachtungsweise rechtlich einzuordnen ist. Im übrigen war es dem Kläger auch unbenommen, Nebentätigkeiten auszuüben. Ob er davon Gebrauch gemacht hat, kann vorliegend unerörtert bleiben. Allein die rechtliche Möglichkeit reicht aus, um auch diesen Aspekt bei der Verneinung des Arbeitnehmerstatus des Klägers zu berücksichtigen. Auch nach der Verkehrsanschauung (vgl. dazu BAG EzA Nr. 30 zu § 611 BGB Arbeitnehmerbegriff) ist auf den Grad der persönlichen Abhängigkeit des Dienstverpflichteten abzustellen, das heißt auf den Grad der Eingliederung des Dienstverpflichteten in eine eventuelle Arbeitsorganisation des Dienstberechtigten (BAG EzA Nr. 26 zu § 611 BGB Arbeitnehmerbegriff). Wenn aber, wie vorliegend, der Kläger den Umfang und die Zeit seiner Dienst im wesentlichen selbst bestimmen konnte und eine bestimmte Anzahl von Wochenstunden nicht leisten mußte, dann kann von einer persönlichen Abhängigkeit des Klägers keine Rede sein (siehe auch LAG Köln v. 23.3.1988, LAG E Nr. 7 zu § 611 BGB Arbeitnehmerbegriff hinsichtlich einer bei einem Steuerberater tätigen Steuerfachgehilfin, die Steuererklärungen an selbst gewählten Tagen erledigt)...“

GI Hinweis

Eine Neuerscheinung von Eggesiecker, Honorar für Steuerberatung, ist im Stollfuß Verlag (1408 S., 1989) erschienen.

Eggesiecker kommentiert umfassend die Frage des Honorars für Steuerberatungsleistungen, gleichgültig ob diese von Steuerberatern, Wirtschaftsprüfern oder Rechtsanwälten erbracht werden. Der Honorarkommentar zeichnet sich durch eine übergreifende Kommentierung aller Vorschriften aus, die durch Honorarfragen angesprochen werden.

Die im Mittelpunkt stehende umfangreiche Kommentierung der StBerGebV wird deshalb ergänzt durch Teilkomentierungen zu folgenden Gesetzen: BGB, BRAGO, FGO, GKG, Kostenordnung, Rechtsberatungsgesetz, Strafgesetzbuch, Strafprozeßordnung, Verwaltungsgerichtsordnung, Zivilprozeßordnung, Gesetz über die Entschädigung von Zeugen und Sachverständigen.

Ein umfangreiches Streitwert-ABC hilft bei der Gebührenberechnung im steuerlichen Rechtsbehelfsverfahren.

Stichwort- und Entscheidungsverzeichnis (Heft 1–11, 1989)

Abfindungsvergleich			
– Anwaltskosten	89,	2	
Abtretung			
– d. Steuererstattungsanspruchs			
= geschäftsmäßige – § 46, 4 AO	89,	191	
Allgemeine Auftragsbedingungen d. Wp			
– Ausschußfrist, § 9 Abs. 3 Nr. 1	89,	94	
Allgemeine Versicherungsbedingungen			
– wissentliche Pflichtverletzung	89,	156	
– wirksame Vereinbarung	89,	194	
Anderkonto			
– des Notars	89,	50	(LS)
– Verrechnung mit Gebührenforderung	89,	72	(LS)
Anlageberatung			
– Immobilienkauf 1980	89,	73	
– Liquiditätsbelastung	89,	73	
– Pflicht zur –	89,	73	
– Prognosen	89,	36	(LS)
– Risiken			
= projizierte Steuervorteile	89,	36	(LS)
– Risikobeurteilung d. Anlegers	89,	50	(LS)
– Schaden	89,	36,	73
Auskunftsvertrag			
– stillschweigender Abschluß	89,	42	
– Verjährung	89,	89	
– Werkvertrag	89,	89	
Bekanntgabe d. Steuerbescheides			
– an Mandanten oder StB	89,	22	
Belehrungspflicht d. StB/Wp/RA			
– fehlende Belehrungsbedürftigkeit	89,	12	
= eigene Sachkunde, Zahnarzt			
= eigene Sachkunde, Geschäftsmann	89,	25	
= Nachbearbeitungsauftrag an Kollegen	89,	125,	130
Berichtigung (§ 173 I, 2 AO)			
– grobes Verschulden			
= Überprüfung der Arbeitsergebnisse			
d. Mitarbeiters	88,	22	
Beschlagnahmeverbot, § 97 StPO			
– Buchhaltungsunterlagen	89,	2,	36
Beweislast, s. auch Darlegungslast			
– Belehrungspflicht	89,	28	
– Buchungsfehler	89,	30	
Bilanzerstellung			
– Dritthaftung	89,	95	
– Grundstücksbewertung, Information			
d. Mandanten	89,	2	
– Testat	89,	95	
Buchhaltungsauftrag			
– Löschung von Buchhaltungsdaten	89,	36	(LS)
Darlegungslast f. Regreßanspruch, s. auch Beweislast			
– Buchungsfehler	89,	30	
DATEV-Daten			
– Herausgabepflicht	89,	189	
– Übertragung auf Kollegen	89,	39	
– Vernichtung von –	89,	39	
Dritthaftung			
– Anwaltsvertrag	89,	3	
– Bilanzerstellung	89,	95	
– Sachwalterhaftung	89,	3	
– aus Testat	89,	95	
Erfolgshonorar			89, 145
Freie Mitarbeiter			
– Abgrenzung Arbeitnehmer	89,	72,	196
Fristenkontrolle			
– Ausgangskontrolle, Fristenkontrollbuch	89,	94	
– Arbeitsgerichtsverfahren	89,	172	
– Briefumschlag, Zustellungsdatum	89,	166	
– Form d. Fristnotierung	89,	167	
– Fristenkontrollbuch	89,	166	
– Fristversäumnis, unverschuldete			
= Anweisung an Bürokraft	89,	166	
= mündl. Anweisung	89,	169	
= bei Beförderung der Post durch Hilfskräfte	89,	166	
– Nichtabgabe eines Schriftsatzes	89,	169	
Herausgabepflicht d. StB s. a. Zurückbehaltungsrecht			
– d. DATEV-Daten	89,	189	
– Konkurs d. Mandanten	89,	189	
Honoraranspruch			
– bei Anschlußkonkurs	89,	33	
– Beweislast f. Gebührenrahmen	89,	34	
– Datenübertragung, § 32 StBGebV	89,	41	
– Erfolgshonorar	89,	145	
– Gebührenrahmen	89,	116	
= neue Umsatzsteuererklärung			
– Gegenstandswert			
= Anerkennungsverfahren f.			
StB-Gesellschaft	89,	34	
– Honorarvorschuß, Rückzahlung	89,	34	
– ordnungsgemäße Honorarrechnung, Unterschrift	89,	34	
– Pauschalhonorar, § 14 StBGebV	89,	184	
– Rückforderungsanspruch § 812 BGB	89,	194	
– Sachverständigengutachten	89,	109	
– des Wirtschaftsprüfers	89,	111	
= Anwendung der StBGebV	89,	111	
– Zeitgebühr			
Investitionszulage			
– für Teilherstellungskosten	89,	176	
Kausalität			
– wirtschaftliche Vorteile bei steuerlichen Nachteilen	89,	100	
Klageschrift			
– ordnungsgem. Unterschrift	89,	175	
Konkursverwalter, Haftung des			
– Betriebsfortführung	89,	133	
– Unterrichtung über wirtschaftl. Lage	89,	133	
– Verteilungsverfahren bei Masseschuld, neue Rechtsprechung	89,	133	
Kosten d. FG-Prozesses			
– Kostenpflicht d. StB.	89,	87	
Kündigung des Mandats			
– aus wichtigem Grund	89,	109	
Lohnsteuerhilfeverein			
– Beratungsstellenleiter, Steuerfachgehilfe	89,	122	
= Halbtagsstätigkeit, § 23 Abs. 3 StBerG			

Mandantengelder			
– Anderkonto des Notars	89, 50		
– Verrechnung mit Gebührenforderung	89, 72		
Mandantenunterlagen			
– Beweislast d. Übergabe	89, 189		
– Rückgabe der –	89, 189		
Mitverschulden			
– Risiken bei Kapitalbeteiligung	89, 50, 73		
	(LS)		
– Rundschriften d. StB	89, 185		
– überlegene Sachkunde d. StB.	89, 73		
Nachbesserung			
– Kosten der –, § 633 Abs. 3 BGB	89, 116		
Notar			
– Anderkonto	89, 50		
	(LS)		
– Belehrungspflicht			
= über Versteuerung eines Spekulationsgewinns	89, 94		
– Darlehensauszahlung ohne erstrangige	89, 50		
Grundschuld	(LS)		
– Eigenverantwortlichkeit	89, 94		
– Erteilung einer vollstreckbaren Ausfertigung	89, 102		
= Prüfung materieller Fragen	89, 102		
– Hinzuziehung von Mitarbeitern	89, 94		
Praxiswert			
– Abschreibung eines erworbenen –	89, 109		
– 10-jährige Umsatzbeteiligung, Bewertungsrecht	89, 122		
Prospekthaftung			
– d. Treuhänders	89, 62		
– Verjährungsbeginn	89, 2		
Provisionsgeschäfte			
– Versicherungsschutz	89, 156		
Rechtsanwalt			
– Fristenkontrolle, Arbeitsgerichtsverfahren	89, 172		
Rechtsbeistand			
– Konkurs des –	89, 122		
– Sozietät mit Anwaltsnotar	89, 72		
– Zuverlässigkeit	89, 144		
Rechtsberatung/Rechtsbesorgung			
– Geschäftsmäßigkeit	89, 144		
– Kreditberatung	89, 144		
– Pflicht zur Hinzuziehung eines RA	89, 154		
– Sanierungsverhandlungen	89, 144		
– durch Steuerberater	89, 144, 145, 154		
– durch Wirtschaftsprüfer	89, 145		
= Abfassung d. Kaufvertrages	89, 145		
= Verkaufsverhandlungen	89, 145		
Rundschriften d. StB	89, 185		
Sachwalterhaftung	89, 3		
Sachverständiger			
– Abweichung von Sachverständigengutachten	89, 109		
Schaden			
– Anlageberatung	89, 36		
	(LS)		
– Anwaltskosten b. Abfindungsvergleich	89, 2		
– bei Familienunternehmen	89, 100		
– Geldbuße/-strafe	89, 17		
– erstrangige Grundschuld	89, 50		
	(LS)		
– bei verbundenen Unternehmen	89, 100		
– unrechtmäßiger Vermögensvorteil	89, 79		
Sozietät			
– Anwaltsnotar u. Rechtsbeistand	89, 72		
– Außenprüfung d. unzuständiges FA	89, 108		
– Gewinnfeststellungsbescheid an einen Sozios	89, 108		
– Gewinnfeststellungserklärung	89, 108		
Steuerberater			
– Eintragung im Handelsregister	89, 184		
Steuerberater-GmbH			
– Berufsbezeichnung „Steuerberater“			
eintragungsfähig	89, 184		
– eines Berufsverbandes	89, 184		
Steuerberatungsgesetz			
– § 23 Abs. 3	89, 122		
= Halbtagsstätigkeit			
– § 57			
= Wirtschaftsberatung,			
Anlagenempfehlung	89, 6		
Steuerberatungsvertrag			
– Auflösung des –			
= fristlose Kündigung	89, 109, 189		
– Inhalt des –	89, 73		
– Löschung von Buchhaltungsdaten	89, 39		
– Mängelbeseitigung	89, 116		
– Pflicht zur allgemeinen Rechtsberatung?	89, 25		
Steuergestaltungsberatung			
– wegen Änderung der Steuerrichtlinien	89, 23		
– Beratung zu gesetzeswidriger Praxis	89, 23		
– Einbringung einer Einzelfirma in eine GmbH	89, 99		
– unentgeltliches Wohnrecht	89, 23		
Steuerverkürzung, § 378 AO			
– durch Steuerberater	89, 46		
Treuhänder			
– Anderkonto des Notars	89, 50		
	(LS)		
– Bauherrengemeinschaft, zustande gekommene	89, 50		
	(LS)		
– Belehrung über steuerl. Risiken	89, 50		
	(LS)		
= Wissensvorsprung d. TH	89, 50		
	(LS)		
– Honoraranspruch d. –			
= bei Minderwohnfläche	89, 62		
– Planungsänderung	89, 64, 90		
– Prospekthaftung d. –	89, 62		
– Prüfung bautechnischer Fragen	89, 62, 90		
– Schaden	89, 50		
	(LS)		
– Versicherungsschutz	89, 51		
Unterschrift			
– Honorarrechnungen	89, 34		
– Klageschrift	89, 175		
Verjährung, § 12 VVG			
– Beginn	89, 51		
– Verjährungshemmung, § 12 II	89, 51		
Verjährung, § 51 BRAO			
– Analogie zu § 852 Abs. 2 BGB	89, 123		
– Wiederholung der Einrede	89, 123		
Verjährung (§ 68 StBerG, § 51 a WPO)			
– Belehrungspflicht über eigene Fehler			
und Verjährungsvorschrift (Sekundäranspruch)			
= Anlaß zur Prüfung u. Belehrung	89, 73, 82		
= Beginn d. Belehrungspflicht	89, 73, 82		
= keine Belehrungspflicht			
– Kenntnis d. Fehlers und d. Verjährungslage	89, 125, 130		
– Unkenntnis über Verjährungsvorschrift	89, 5		
= Mandatsende	89, 82		
= Nachbearbeitungsauftrag an Kollegen	89, 125, 130		
= schuldhafte Verletzung der –	89, 28		
– Verjährungsbeginn			
= Ablauf d. Festsetzungsverjährung	89, 14		
= Betriebsprüfung			
allgemein	89, 14, 44		

= Folgeschäden	89, 45, 82	- an Hauptabschlußübersicht und	
= Kapitalanlage	89, 5	Umbuchungsliste	89, 37
= Kaufvertrag	89, 145	- Konkurs des Mandanten	89, 37
= Konkurs	89, 45	Zustellung	
= Verlust der 7 b-AfA	89, 28	- an StB oder Mandanten	88, 22
= Zahlung d. Steuer	89, 14		
Verjährung, Schadenersatzanspruch (§ 51 a WPO)		BGH v. 19.3.1987 - IX ZR 166/86	89, 50 (LS)
- vorvertraglicher Regreßanspruch	89, 145	BGH v. 10.8.1987 - NotZ 4/87	89, 72
- Steuerberatung d. „Nur-Wirtschaftsprüfer“	89, 28	= NJW 1988, 208	
Verjährung (§ 638 BGB)		BGH v. 13.1.1988 - IVa ZB 13/87	89, 166
- Mangelfolgeschaden	89, 89	BGH v. 28.1.1988 - IX ZR 102/87	89, 33
Verjährung, § 852 BGB, 82 KO		= WM 1988, 472	
- Kenntnis des Vertreters	89, 133	BGH v. 3.2.1988 - IVa ZR 196/86	89, 34
- Verjährungshemmung, § 852 Abs. 2 BGB		= StB 1988, 312	
= „Einschlafen“ von Verhandlungen	89, 133	BGH v. 11.7.1988 - II ZR 232/87	89, 3
= Meinungsaustausch		= BB 1988, 1992	
Verschulden		= NJW 1989, 293	
- durch Kollegialgerichtsentscheidung	89, 104	= WuB IV A § 276 BGB 1.88 Huff	
Verschwiegenheit		= ZIP 1988, 1581	
- Konkurs d. Mandanten	89, 184	= WM 1988, 1535	
- im Kündigungsschutzprozeß	89, 184	= Jub 1989, 324	
Versicherungsschutz		BGH v. 27.9.1988 - IX ZR 4/88	89, 36 (LS)
- Anerkenntnisverbot	89, 50 (LS)	= EWiR § 676 BGB 2/88, 11, 91 (Medicus)	
- Anzeigepflichtverletzung	89, 51	= ZIP 1988, 1464	
- Bindungswirkung d. Haftpflichturteils	89, 2, 51	= WM 1988, 1685	
- wissentl. Pflichtverletzung		= NJW-RR 1989, 150	
= verdeckte Provisionsannahme	89, 156	BGH v. 28.9.1988 - IVa ZR 45/87	89, 99
= Zahlung vor Fälligkeit	89, 51	= VersR 1988, 1275 = WM 1988, 1636	
- Relevanzrechtsprechung	89, 53	= WuB IV A § 6751, 89; Sturmhoebel	
- Trennungsprinzip Haftpflicht-/Deckungsprozeß	89, 156	BGH v. 18.10.1988 - XI ZR 12/88	89, 95
- Treuhandtätigkeit	89, 51	= VersR 1989, 375	
- Verjährung, § 12 VVG	89, 51	BGH v. 20.10.1988 - VII ZR 219/87	89, 50 (LS)
Vollmacht		= ZIP 1988, 1573	
- Handeln ohne -	89, 87	= WM 1988, 1831	
Vorteilsausgleich		= WuB I G 7 Immobilienanlagen 3.89 v. Heymann	
- Anlageberatung	89, 36 (LS)	= NJW 1989, 894	
Vorvertraglicher Regreßanspruch		BGH v. 25.10.1988 - XI ZR 3/88	89, 37
- Verjährung des -	89, 145	= WM 1988, 1755	
Wettbewerbsverbot		= ZIP 1988, 1474	
- Sittenwidrigkeit	89, 187	= BB 1988, 2428	
- nach Übertragung d. Praxis	89, 187	= EWiR § 67 BGB 1/89, 33 Keller	
Wiedereinsetzung		= WuB IV A § 667 BGB 1.89 Sturmhoebel	
- Büroversehen d. Stb/Wp/RA		= DStR 1989, 259	
= Hilfskräfte	89, 166	BGH v. 10.11.1988 - IX ZR 31/88	89, 94
= Nichtabgabe eines Schriftsatzes	89, 169	= WM 1988, 1853	
- Fristenkontrolle		BGH v. 13.12.1988 - IX ZR 26/88	89, 109
= Anweisung an Bürokraft	89, 166	= INF 1989, 166	
= im Arbeitsgerichtsverfahren	89, 172	= StB 1989, 122	
= Briefumschlag, Zustellungsdatum	89, 166	BGH v. 15.12.1988 - IX ZR 33/88	89, 123
= Form d. Fristnotierung	89, 167	BGH v. 20.12.1988 - IX ZR 88/88	89, 72
= Fristenkontrollbuch	89, 166	= WM 1989, 450	
- Fristwahrung		BGH v. 21.12.1988 - VIII ZR 84/88	89, 167
= durch Hilfskräfte	89, 166	BGH v. 21.12.1988 - VIII ZB 35/88	89, 169
- Glaubhaftmachung		BGH v. 26.1.1989 - XI ZR 81/88	89, 79
= eidesstattl. Versicherung	89, 166	BGH v. 14.2.1989 - XI ZR 14/88	89, 73
Wirtschaftsprüfer			
- Befangenheit, § 319 HGB	88, 22	BayOLG Beschl. v. 17.9.1987	
- Verdacht d. Vermögensverfalls	89, 72, 122	- BReg. 3 Z 76/87	89, 22
Wp-GmbH		= AG 1988, 18	
- Durchgriffshaftung d. Geschäftsführers	89, 145	OLG Celle v. 12.10.1988 - 3 U 278/87	89, 39
Zurückbehaltungsrecht		OLG Düsseldorf v. 26.5.1987 - 21 U 259/86	89, 42
- an Arbeitsergebnissen	89, 37	OLG Düsseldorf v. 27.9.1988 - 4 U 245/87	89, 51
- Beweislast	89, 189	OLG Düsseldorf v. 28.11.1988 - 18 W 62/88	89, 44
- an DATEV-Daten	89, 189		

OLG Düsseldorf v. 26.1.1989 – 18 U 190/88	89, 102	BFH v. 29.7.1987 – I R 367, 379/83	89, 22
OLG Düsseldorf v. 16.2.1989 – 18 U 228/88 rkr.	89, 82	= STEUER-TELEX 0824	
OLG Düsseldorf v. 6.4.1989 – 18 U 215/88 rkr.	89, 111	= LEXinform 0081194	
OLG Frankfurt v. 2.2.1988 – 14 U 132/86	89, 34	BFH v. 26.8.1987 – IR 141/86	89, 166
= NJW 1988, 2807		= STEUER-TELEX 0317	
OLG Frankfurt v. 6.4.1988 – 19 U 137/86	89, 184	= LEXinform 0081060	
= WM 1989, 1171		BFH v. 26.8.1987 – I R 144/86	89, 22
OLG Hamburg v. 5.4.1989 – 5 U 44/86	89, 145	= BStBl 88 II, 109	
OLG Hamburg v. 12.4.1989 – 8 U 231/88, rkr.	89, 125	BFH v. 10.12.1987 – IV R 53/86	89, 108
OLG Hamm v. 22.6.1988 – 25 U 174/87	89, 194	= BFH NV 1988, 752	
OLG Hamm v. 7.10.1988 – 25 U 59/88 rkr.	89, 144	BFH v. 30.3.1988 – II R 48/87	89, 122
= NJW-RR 1989, 364 = StB 1989, 45		= BFH NV 1989, 215	
OLG Hamm v. 7.12.1988 – 25 U 34/88	89, 154	BFH v. 19.4.1988 – VII R 85/87	89, 122
OLG Hamm v. 28.4.1989 – 25 U 253/88	89, 185	= BFH NV 1989, 49	
OLG Karlsruhe v. 25.5.1988 – 6 U 232/87	89, 144	BFH v. 26.7.1988 – X R 45/87	89, 175
= AnwBl 1989, 244		= BFH NV 1989, 238	
OLG Karlsruhe v. 25.1.1989 – 1 U 1985/88	89, 172	BFH v. 30.8.1988 – VII R 149/85	89, 191
OLG Koblenz v. 9.5.1988 – 5 U 700/88	89, 187	= BFH NV 1989, 210	
OLG Köln v. 19.9.1988 – 8 U 13/88	89, 5	BFH v. 7.12.1988 – X R 80/87	89, 94
OLG Köln v. 20.9.1988 – 15 U 67/86	89, 62	= DSfR 1989, 209	
OLG Köln v. 14.2.1989 – 9 U 36/88	89, 94	BFH v. 14.3.1989 – VII R 46/88	89, 184
OLG Köln v. 27.4.1989 – 5 U 175/88	89, 156	= STEUER-TELEX 2233	
OLG Oldenburg v. 4.11.1988 – 6 U 154/88	89, 23	BFH v. 17.3.1989 – III B 136/87	89, 176
OLG Schleswig v. 5.10.1988 – 2 W 120/87	89, 144		
= AnwBl 1989, 245		FG Baden-Württemberg v. 22.1.1988 –	89, 46
OLG Stuttgart v. 13.12.1988 – 12 U 30/88	89, 50	IX K 237/84	
	(LSI)	= EFG 1988, 546	
		FG Rheinland-Pfalz v. 23.3.1987	89, 108
		= EFG 1987, 449	
		FG München Vorbesch. v. 4.8.1989 –	89, 87
		VI 225/86 E, nicht rkr.	
LG Aachen v. 2.9.1987 – 4 O 167/87	89, 34		
= StB 1988, 389		LAG Berlin v. 29.5.1989 – 9 Sa 17/89	
LG Arnsberg v. 6.1.1989 – 1 O 207/88	89, 90	+ 9 Sa 35/89	89, 196
LG Augsburg v. 23.3.1989 – 3 HTK 215/85 rkr.	89, 184	= StB 1989, 304	
= WM 1989, 1099		LAG Köln Ur. v. 23.3.1988 – 7 Sa 1378/87	89, 72
= StB 89, 193		= StB 1989, 45	
LG Bremen v. 11.10.1988 – 1 O 3478/86	89, 133	LAG Niedersachsen v. 15.3.1988 – 2 Sa 1109/87	89, 184
und 1 O 1440/88		= NWB 1988, 1903	
LG Darmstadt v. 8.1.1987 – 10 O 245/86	89, 2		
LG Detmold v. 12.12.1987 – 1 O 268/87	89, 25	OVG Rheinl.-Pfalz (Koblenz) v. 8.8.1988 – 6 A 2/88	89, 122
LG Dortmund v. 17.12.1987 – 2 O 60/87	89, 2	= RBeistand 1988, 223	
LG Düsseldorf v. 19.7.1988 – 10 O 119/88	89, 116		
LG Heidelberg v. 21.9.1988 – 3 O 65/88	89, 14	VerwG München Ur. v. 8.11.1988 – M 16 K 88, 1266	89, 72
LG Hildesheim v. 10.3.1987 – 3 O 551/86, rkr.	89, 130	= MittBl. WPK Nr. 133/89	
LG Hildesheim v. 21.4.1988 – 22 Qs 1/88	89, 2		
= wistra 1988, 327		Hess. VGH Ur. v. 19.7.1988 – II UE 1191/86	89, 144
LG Kiel v. 24.10.1988 – 11 O 302/88	89, 30	= AnwBl 1988, 591	
LG Köln v. 25.6.1987 – 24 O 154/87	89, 2		
LG Köln v. 16.2.1989 – 2 U 203/88	89, 89	Erlaß Nordrhein-Westfalen v. 7.1.1988	89, 22
LG München I v. 5.5.1987 – 10 O 15390/84	89, 2, 36	– S 0202-4-VC	(LSI)
LG München I v. 22.4.1988 – 19 Qs 3/88	89, 36		
= wistra 1988, 326	(LSI)		
LG München v. 10.5.1988 – 23 O 18 673/87	89, 189		
LG Regensburg v. 27.5.1988 – 6 O 566/88	89, 50		
= DSfR 1988, 753	(LSI)		
LG Wuppertal v. 9.2.1988 – 5 O 352/87	89, 35		
AG Euskirchen v. 20.8.1987 – 4 C 227/87	89, 17		
BFH v. 4.6.1986 – VII E 01/86	89, 34		
= BFH NV 1988, 47			
BFH v. 26.11.1986 – IX R 64/86	89, 166		
= BFH NV 1988, 33			
BFH v. 21.5.1987 – IV R 124/83	89, 108		
= BFH NV 1988, 760			
BFH v. 23.6.1987 – IV R 33/86	89, 109		
= BStBl. 1988, 979			

© Gerling-Konzern
Vertriebs-Aktiengesellschaft
Abteilung Presse und Information
Gereonshof, 5000 Köln 1
Telefon: (02 21) 144-7298

Verantwortlich für den Inhalt:
Rechtsanwalt Dr. Jürgen Gräfe,
Fachanwalt für Steuerrecht.

Nachdruck nur mit vorheriger
schriftlicher Zustimmung.